

Biesäer Tageblatt

w und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Biesäer 1100.
Sitzung Rz. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Biesäer, sowie des Gemeinderates Gröba.

Redaktionssitz: Biesäer 1100.
Sitzung Rz. 20.

Nr. 92.

Donnerstag, 21. April 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Biesäer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 4,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Voranzeigung, monatlich 4.— Wart ohne Zugewinn, bei Abholung im Geschäft oder Postamt eine Postgebühr. Ausgaben für die Nummer des Ausgabedates sind bis 2 Uhr vorläufig anzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gebühr für den 10. Aufschlag. Nachmittags- und Sonntagsausgabe 10 Pf. Postf. 1.— Wart; getraubender und tabellarischer Aufschlag 10 Pf. Postf. 1.— Wart. Gewöhnlicher Rabatt trifft, wenn der Betrag verfüllt durch Masse eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Aussicht stellt, Zahlungs- und Zahlungsaussetzung. Biesäer an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Steueramt oder der Verkehrsverbindungen — hat der Drucker keinen Anspruch auf Absetzung oder Abschaffung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Revisionsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Biesäer. Sitzungssitz: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ulrich Hänel, Biesäer; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Biesäer.

Fleischversorgung betr.

Auf den Fleischständen des Kommunalverbundes können für die laufende Woche vom 17.-23. IV. 1921 abgegeben werden:

Kornet herz	zum Preise von 8.20 M.
Leber- und Blutwurstkonserve	8.25 M.
ausgekochter Rindertars	: : 12.— M.
aufgewogene Wurst.	

Großenhain, am 20. April 1921.
78 b V. 21. Die Amtshauptmannschaft.

Schulpflichtige blinde Kinder.

Die Schulvorstände im amtsbaupräsidentlichen Bezirk Großenhain werden hiermit veranlaßt, über die in ihrem Schulbezirk zu Ostern dieses Jahres in das schulpflichtige Alter getretenen blinden Kinder bis 10. Mai 1921 eine Liste pleicher eingereichen und

dabei mit anzugeben, ob diese Kinder zur Aufnahme in die Blindenanstalt angemeldet worden sind.

Sind solche Kinder nicht vorhanden, so ist dies durch Schreiben hierher anzugeben.

Großenhain, am 19. April 1921.

Das Bezirksamt.

Griechartenausgabe.

Die Ausgabe der Griecharten für
a) Schwangere vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonates an
b) stillende Mütter bzw. Wochenmänner
erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebammme bzw. des Arztes

Freitag, den 23. April 1921, nachmittags 2-4 Uhr

im Rathaus, Lebensmittelkantinenstelle, Zimmer Nr. 15.

Der Rat der Stadt Biesäer, am 20. April 1921.

Die

Örtliches und Sächsisches.

Biesäer, den 21. April 1921.

* Versammlung örtlich gesinnter Eltern. Auf die vom evang.-luth. Pfarramt Biesäer für gestern abend im Jugendheim ergangene Einladung hin hatte sich eine große Anzahl örtlich gesinnter Eltern eingefunden. Nachdem Herr Pfarrer Friedrich über Zweck und Ziel der neu zu gründenden Vereinigung gesprochen hatte, beschlossen die Anwesenden eine Organisation zur Vertretung der Interessen der örtlich gesinnten Eltern gegen die widerchristliche Agitation in der Schulfrage sofort ins Leben zu rufen. In den Vorstand wurden gewählt: Herr Verwaltungsberater Bergmann, Herr Senator Hennig, Herr Werkmeister Freier, Frau Dr. med. Riede, Frau Schneidermeister Dreher. Die in Unisono gefeierte Beitragsliste zeitigte das schwere Ergebnis von 127 Familien. bemerkte wird noch, daß Mitgliedsbeiträge nicht erhoben werden, und daß Neuanschreibungen die Vorstandsmitglieder und das Pfarramt gern entgegenommen.

* Bunte Kunst! Diesen Sonntag, 18 Uhr, in der Elbterraße gibt die Prima-Vallerina und erste Solotänzerin des Staatsopers Dresden einen einzigen Tanzabend, über den der "Biesäer Anzeiger" schreibt: "Lina Berger paart den Biesäer Jugend mit der Reife willender Rektoratoren. Herrn Baron Carlo v. d. Ropp sehen wir mit grotem Interesse entgegen."

* Das Paradeispiel. Das Spiel vom Südball soll wieder um 1500 von schwäbischen Siebern des ungarischen Banats in Oberuster gespielt. Wie bei vielen Ballspielen ist es auch hier gelungen, noch in letzter Stunde den Text aufzugeben, so doch auch wir uns des alten und doch so frischen und neuen Werkes freuen können. Wie anschaulich war die kindliche Freude des ersten Menschen, wie erregend die Vorführung von Südball und Gottesbericht. Da die Spielerin auf lange Zeit für Südball Sachsen, Schlesien und Westendburg verpflichtet ist, kann das Paradeispiel nur am Sonnabend, den 23. April in der Abendstunde 18 Uhr aufgeführt werden. Am Sonntag folgt dann ebenso 18 Uhr der Totentanz. Karten zu 6 M. 450 Pf. und 3 M. in Hoffmanns Buchhandlung.

* Spielverein- und Speditions-Aktiengesellschaft Biesäer-Dresden/Hamburg-American-Line, Hamburg. Die Gesellschaft beruft ihre diesmalige ordentliche Generalversammlung auf den 23. Mai ein. Aufsichtsrat und Vorstand bringen für das verloste Gesellschaftsaktie die Ausübung einer Dividende von 18 Prozent (1. N. 12%) in Vorablage. Des weiteren werden Anträge gestellt werden, das Grundkapital der Gesellschaft, welches jetzt M. 4 800 000.— beträgt, um M. 3 200 000.— Stammaktien, also auf M. 8 000 000.— zu erhöhen. Davon sollen den alten Aktiendaten M. 2 400 000.— im Verhältnis von 2:1 zum Kurs von 150% zum Brage angeboten werden. Die restlichen M. 800 000.— werden in der Hauptlade gegen Anteile der Lager- und Speditions-G. m. b. H. in Hamburg ausgetauscht werden. Der nicht verwandte Rest wird unter Ausschluß des Bragesrechts zum Kurs von 200% an verschiedene Interessenten überlassen. Die jungen Aktien werden dividendenberechtigt ab 1. Januar 1921 sein. Des ferneren soll der Generalversammlung der Antrag unterbreitet werden, nom. M. 8 000 000.— 6%ige Vorzugsaktien mit 25%, Eingehung und 6%ige cumulativer Dividende zu schaffen, die gegen eine gleiche Anzahl 6%ige Vorzugsaktien der Hamburg-American-Line ausgetauscht werden.

* Kriegsgefangenekette Sachsen. In Sachsen werden nunmehr alle Angelegenheiten der heimkehrenden deutschen und der fremdländischen Kriegsgefangenen von der Kriegsgefangenekette Sachsen in Dresden, Königstraße Nr. 185/186, erledigt. Die bisherigen Dienststellen-Abteilungen des 12. Kriegsministers in Dresden und des 19. Kriegsministers in Leipzig sind aufgelöst. Bis den Monat April untersteht der Kriegsgefangenekette auch noch ein südliches Sammelager für russische Kriegsgefangene in Chemnitz-Obersdorf. Die Kriegsgefangenekette steht im Landesfinanzamt Dresden angesiedelt und untersteht unmittelbar dem Reichsfinanzministerium, Reichszentralstelle für Kriegs- und Flüchtlingsangelegenheiten, Berlin.

* Die Sachsische Staatsbank. Der Rechtsausschuss des Landtages legte gemeinsam mit dem Quaatsausschuss die Berichtigungen über die Regierungsvorlage betr. die Staatsbank fort. Die einzelnen Kapitel wurden zum Teil mit Abänderungen im wesentlichen nach den Beschlüssen des Verfassungskomites des Abg. Dr. Ritterhammer, erledigt. Von besonderer Bedeutung ist der Beifall in Abweisung von der Regierungsvorlage, die Staatsbank nicht einem Präsidenten, sondern einem Direktorium, bestehend aus dem Präsidenten und einem mit gleichen Rechten ausgestatteten Direktor, zu unterstellen.

* Handel mit Kriegs-Materialien. Es ist ebenfalls zu beschließen, daß nur für die Bevölkerung auszu- und für diejenigen mit ausländischen Metzeln wie Russen, Spanien und anderen in ausländischen Ländern als Kriegs-

Ersatzmittel im Handel angeboten wird. Da aber Brotgänge der Zwangsbeschaffung unterliegt, kann es sich bei der sogenannten Ware nur um Mengen handeln, die im Schleißhandel aufgekauft worden sind. Lediglich ein ganz geringer Prozentsatz der Werksernte wird unter Überwachung der Rohstoffverteilungsstelle, Berlin, zu Käse-Ersatz gebrannt und in gepacktem Zustande in den Handel gebracht. Hierfür besteht lediglich Höchstpreis. Deshalb müssen die Pakete mit Kleinhandelsverkaufspreis, Herstellerpreis, Zeit der Anfertigung, sowie der Gewichtsangabe versehen sein. Jeder Händler muss sich krisbar, der lose Ware in den Handel bringt. Außerdem unterliegt die Ware der Verzollung. Die Händler sind angehalten, den ungeeigneten Handel mit Käse-Ersatzmitteln aus Getreide streng zu überwachen und Übertragungsfälle auf Angriff zu bringen.

* Bekämpfung von Obstbaumstäbchen. Nach Beobachtungen des Landesobst- und Weinbauamtes beginnen in diesem Jahr bereits umfangreiche Obstbaumbeschädigungen. In erster Linie gilt es jetzt den allgemein an Neupflanzen vorerst vereinzelt auftretenden Apfelmeditab, am besten durch Ausbrechen der medigen Spalten, zu bekämpfen. Weiter bedeutet, besonders an niedrigen Baumformen, der so massenhaft auftretende Wickler eine Gefahr für die Bildung der Baumformen. Die zusammengefalteten Triebspitzen enthalten ein kleines dunkelbraunes schwärz gefärbtes Räupen, das der Triebbildung hinderlich ist. Sie werden unter Blattunterblättern abgerissen, wobei der Haupttrieb zu schonen ist. Ferner sind zur Zeit die Röpchen des Goldasters, die ihre Nestler, wo man deren Beteiligung verläßt, verlossen haben, sehr tätig. Sie verpflanzen in wenigen Tagen große Mengen junger Baumblätter. Die Bekämpfung ist in der frühen Morgenstunde durch Abnehmen der Nestler möglich. Später ist der Kampf schwieriger und hat durch Verzehr mit Uranlagen zu erfolgen. Sobald die Blüte der Obstbäume beendet ist, sollte man, wo Sorten zur Schwarmfrucht neigen, nicht verzögern, mit eindrängendem Rupferkralle zu sprühen.

* Die Festung Königstein, die nach Ausbruch der kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland geschlossen worden war, ist für den Besuch wieder geöffnet.

* Erkrankungsanspruch weiblicher Versicherten der Angestellten-Versicherung in der Befrei. Bei den vielen Frauen, die jetzt geschlossen gehegen, verhindern die Bestimmungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte besonders hervorgehoben zu werden, wonach weiblichen Versicherten, die infolge Verhinderung aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, unter gewissen Voraussetzungen ein Anspruch auf Entlastung ihrer Beitragsabfälle besteht. Im vergangenen Jahr sind bei dem Rentenaustritt, Berlin, der Angestelltenversicherung rund 25 000 Anträge auf Entlastung eingegangen. Leider 19 000 derartigen Anträgen konnte im gleichen Zeitraum durch anerkannten Beifeld stattgegeben werden. Durchschnittlich sind es etwa 450 M., die den einzelnen verhindernden weiblichen Versicherten wieder erfüllt werden. Eine Summe, die immerhin manche kleine Anschaffung für den neuen Haushalt ermöglicht und daher von jeder Versicherten gern entgegengenommen wird. Aber dieses Recht des Antrags auf Entlastung ist an gewisse Voraussetzungen gebunden, die erfüllt sein müssen. Ein Hauptforderung ist, daß die Versicherte ihre versicherungspflichtige Beschäftigung infolge Verhinderung aufgegeben hat, wobei es ohne Bedeutung ist, ob das Ausscheiden aus der Beschäftigung einige Zeit vor oder selbst einen beträchtlichen Zeitraum nach der Verhinderung erfolgt ist. Es muß nur aufgrund Verhinderung und Ausscheiden aus einer verhinderten Zusammenhang bestehen, der daher, falls er nicht ohne weiteres erfüllt ist, bei der Stellung des Antrages besonders betont und begründet werden muss.

Ein zweites Hauptforderung ist, daß vor dem Ausscheiden die Werzeit erfüllt ist, d. h. daß für mindestens 60 Monate der versicherungspflichtige Beschäftigungsbeitrag gezahlt wird.

Über wenn das nicht der Fall ist, daß dann zusammen für mindestens 90 Monate Pflicht- und freiwillige Beiträge entrichtet sind. Schließlich muß auch die Auswirtschaft aufrecht erhalten sein, d. h. es müssen bis zum Ausscheiden in jedem Kalenderjahr mit Aufnahme des ersten Beitragsjahrs mindestens 8 Beitragsmonate durch Beiträge oder Umlauf-Tarifzettel (1. N. Krankheit) nachgewiesen sein. Jede in der Angestellten-Versicherung verhindernde weibliche Anstellung, die sich verhindert will und von dem Antritt auf Entlastung ihrer Beitragsabfälle Gebrauch machen will, wird also zweimalig vor ihrem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung verhindert, ob der die vorhergehenden Voraussetzungen sämtlich erfüllt sind. Besteht sie z. B. fest, daß für sie bis jetzt erst für 60 Monate Pflichtbeiträge gezahlt worden sind, so wird sie lieber noch zwei Monate länger in der versicherungspflichtigen Beschäftigung bleiben und gegebenenfalls die Werzeit um diese kurze Zeit aufzuschieben. Besteht sie fest, daß in dem einen Jahr nur sechs Pflichtbeiträge für sie gezahlt worden sind (z. B. z. B. nur andere halbe Jahr ohne Wohnung wozu)

so muß sie noch vor ihrem Ausscheiden die fehlenden zwei Beiträge als freiwillige nachentrichten, dann aber kann sie trotzdem den Antrag auf Entlastung beim Rentenaustritt, Berlin der Angestellten-Versicherung Berlin-Wilmersdorf, Rosslauer Platz 2, unter Beifügung ihrer Versicherungsaufnahmen und einer standesamtlichen Heiratsurkunde die für diesen Zweck gebührend freigestellt wird, einreichen, und sie wird nicht entlastet werden, wie vielleicht die eine oder andere ihrer Freundeinnen und Kolleginnen, die diese Bestimmungen nicht genügend kannte, und daher abgewiesen worden sind. B. Gröba.

* Das Reichsnottobier ist, soweit es 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe, befreit zu entrichten. Wenn der Abgabepflichtige glaubhaft nachweist, daß die beschleunigte Entrichtung die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz, die Entziehung des für die Fortführung des Betriebes erforderlichen Kapitals oder Krebits oder die Beeinträchtigung zuständigen Unterhalts für ihn oder seine Familie zur Folge haben würde, kann auch die Zahlung in den im Gesetz über das Reichsnottobier vorgesehenen Teilstücken bewilligt werden. Das Reichsnottobier ist zunächst vorsätzlich festgesetzt worden. Später wird die Veranlagung nachprüft und nach Beenden anderweitig Steuerbescheid zugestellt. Die Annahme, daß die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nicht erhoben werde, ist irrtümlich. Der Steuerbescheid nicht zwielichtig zu stellen sei, sollte, wird die Zustellung demnächst erfolgen. Weitere Auskünfte erteilen auf Anhören die für die abgabepflichtigen zuständigen Finanzämter.

* Die östlich-nationale Anträge im Landtag. Dem Landtag ist ein deutsch-nationaler Antrag zu gegangen bet. die Einziehung eines 11 gliedrigen Untersuchungsausschusses mit der Aufgabe, die Methoden und die Erfolge der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel, insbesondere der Ein- und Verkäufe des Wirtschaftsministeriums, sowie die Geschäftsleitung der Kommunalverbände, ihre kaufmännische und finanzielle Geschäftsführung und deren Erfolge zu untersuchen. Ein weiterer Antrag der deutsch-nationalen Fraktion betrifft die Besteuerungsbefreiung der einzelnen Bezirksverbände und Gemeinden.

* Zur Abfindung des früheren Königshauses. Am Montag richten neue Beratungen der Staatskommission zur Abfindung des früheren Königshauses statt. Die Vorschläge des Finanzministeriums, die auf einen ländlichen Ausgleich mit den Ministerien hinzufließen, wurden genehmigt und dem Gesamtministerium zur Annahme empfohlen. Die unabhängigen Minister werden allerdings wohl dagegen Stimmen nehmen, ebenso die unabhängige und die kommunistische Fraktion im Landtag. Sollte das Gesamtministerium die Vorschläge des Finanzministeriums genehmigen, dann würden die öffentlichen Verhandlungen mit der Kommission, der Vertretung des Königshauses, beginnen.

* Danach zu treiben. Der Deutschen Nationalen Volkspartei Biesäer und Umg. ist auf ein Beileidsstreben zum Tode der fröhlichen Kaiserin folgendes Danachstreben aus Wilsdorf zugegangen: "Haben Sie herzlichen Dank für den Ausdruck warmer Anteilnahme an unserem Schmerz über den Verlust unserer geliebten Mutter. Ihr freundliches Gedanken hat und wird geben. Gute Friede Prinz von Preußen."

* Gröba. Am vergangenen Sonnabend feierte der Fotographenverein Gabelsberger zu Gröba sein zehnjähriges Stiftungsfest im Hotel Höpner, Biesäer. Zahlreiche Gäste und Freunde des Vereins, sowie Vertreter des Collin-Gauverbandes und der Brudervereine waren der Einladung gefolgt und erlebten einen sehr gehuerten Abend. Die volle Kapelle Gimmler leitete durch ein gelungenes Konzert die Jubiläumsfeier ein. Herr Reumann, Konzertänger, half ebenfalls durch seine Partitur dem fehlenden Abend die rechte Stimmung zu geben. Besonders Dank gebührt auch Herrn Büchner, der die Erschienenen durch seine Lieder zur Freude erfreute. Der 1. Vorsitzende, Herr Friedrich, gab einen interessanten Bericht über die Gründung und Entwicklung des Vereins und hob besonders hervor, mit welchen Schwierigkeiten die Gründer des Vereins zu kämpfen hatten, wie trotz allem die Liebe zur Gabelsberger-Sage die Kinderleid zu überwinden wußte in den jungen Verein lebensfähig erhielt. Besonders gebaute er des Mitbegründers, Herrn Raumann, der sich bis zum heutigen Tag um den Verein außerordentlich verdient gemacht hat und den noch heute als aktives Mitglied das Amt des 2. Vorsitzenden ausübt. Darauf wurde Herr Raumann zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt und ihm das Ehrendiplom überreicht. Nach dem Bericht des Herrn Friedrich wünschte die 2. Vorsitzende des Collin-Gauverbandes, Gräfin Schumann-Dönhoff, dem Verein eine gesunde Weiterentwicklung, ebenso Herr Reichenbach. Der von dem Verbandsvorsitzenden, Herrn Scholz-Dönhoff, verlesene Vortrag machte leider wenig, da Herr Scholz persönlich verhindert war zu kommen. In seiner Stelle sprach Herr Stadtrat Dr. Schreiter und sprang über Gabelsberger und seine Zeit". Ein geschilderter Tanz feierte die Jubiläumsfeier des Vereins. Biesäer.

Die Wirkung in Erfahrung gehen, die dem Chronographen ein zu Gedanken an jenen Abend von allen Seiten eingegeben werden.

Karlsruhe. Ein Raubmordversuch wurde am frühen Morgen und Nachmittag an dem Sohn des Großhändlers Käfer und Sohn verübt. Der Tengenteur befand sich auf der Fahrt nach der Weide Werninghausen, wo er Viehkauf machen wollte. Unterwegs wurde er von den Banden überfallen, die mit Waffen auf ihn einstachen und ihn schwer verwundeten. Dann sahnen sie ihm 600 Mark in Scheinen und die Koblenzart.

Düsseldorf. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag mittags 1/2 Uhr beim Eisenbahnhof. Mit dem aus Eisenbahn entstehenden Auge kam der 19-jährige Steinmetzleiter Martin Ratz aus Solingen an. Beim Vorsteigen vom Bahnhof bemerkte Ratz von der Hochspannungleitung am Bahnhofberg einen blauen Kupferdraht herabhängen und bis zur Erde liegen. Unüberlegt griff er nach diesem Draht und im nächsten Augenblick war der junge Mann eine Leiche. Der Stromstrahl hatte ihn sofort getötet. Vor einigen Tagen erst sind die Drähte der Hochspannungleitung ausgewechselt und wieder mit Kupferdraht versehen worden.

Guben. Eine Diebesbande machte diesen Tag unseren Ort unsicher. In 13 Geschäften wurde in einer Nacht eingebrochen. Weit gelangten die Diebe durch Fenster der Fenster ins Haus. In einem Raum wurden sie von Bewohnern übertraut, entkamen in der Dunkelheit. Da sie es auf Bargeld abgesehen hatten, schienen sie keine große Beute gemacht zu haben. In einigen Geschäften stahlen sie landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Verfolgung der Einbrecherbande ist aufgenommen.

Blauen i. S. Ein Konsortium plant die Errichtung eines Geschäftspalastes mit 5000 Quadratmeter Fläche. Durch den großzügigen Plan will man zahlreichen Unternehmen bei verschiedenen Handelsarten die Möglichkeit geben, ihren Bedürfnissen angepaßte Räume zu bestehen und dadurch in der Stadt Wohnungen freizubekommen. Die schwierige finanzielle Frage — es kommen etwa 45 Millionen Mark in Betracht — kostet man mit Hilfe der Regierung, der Stadt und der Industrie an. Durch die Beschäftigung von Hunderten von Arbeitssuchenden gewaltige Summen an nutzlosen Gewerkschaftsunterstützung erwartet werden.

Blauen. Die Vogtländische Maschinenfabrik hat den Vertrag unterzeichnet, zwei nach Bautzen verlaufene Poststraßen durch zwei ihrer Chauffeure die rund 2000 Kilometer lange Strecke über Wien, Budapest, Rottemburg nach Rumänien Hauptstadt, beladen mit Frachten, Rädern usw., fahren zu lassen.

Leipzig. Am 18. d. M. 1/2 Uhr mittags, hat sich am Gründstück Klosterstraße Nr. 7 im dritten Stock ein 1 Meter langes, ungefähr 2½ Centner schweres Stück Bleis abgelöst und ist mit starkem Getöse auf den Fußweg herabgestürzt. Getroffen worden ist zwar niemand, es hat aber eine in der Nähe befindliche geweine Auswärterin infolge des ausgetandenen Schrecks einen Nervenzuck erlitten. Sie mußte mit einer Tröstung in ihre Wohnung gebracht werden.

Bauchhammers. Der Lohnstreik in den Bauchhammer-Werken ist zusammengebrochen. In der Dienstag vormittag 11 Uhr stattgefundenen Belegschaftsversammlung wurde durch Abstimmung beschlossen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. (Liebenau, Kreisbl.)

Lagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Angeklagte in Breslau. Der Ausstand der kaufmännischen und technischen Angestellten der Breslauer Metallindustrie hat heute vormittag begonnen. An dem Ausstand sind etwa 2500 Angeklagte beteiligt. Trotzdem wird in allen Betrieben weitergearbeitet, da sich der Streik nicht auf die Arbeiterchaft, sondern lediglich auf die Techniker, Werkführer und kaufmännischen Angestellten erstreckt.

Durchführung des Grundschulgesetzes in Preußen. Von anständiger Seite wird mitgeteilt: Der preußische Minister darüber hat einen Erfolg zur beschleunigen Durchführung des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920 erreichen lassen. Danach wird der Abstand der Vorschulen von Oktober 1920 ab regelmäßiger und ohne Unterbrechung erfolgen, sodass mit dem Beginn des Schuljahrs 1921 die öffentlichen Vorschulen in Preußen völlig verschwunden sein werden. Für den Abstand der Unterklassen an den Privatschulen gelten grundsätzlich die gleichen Bestimmungen, doch kann beim Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse und wenn dadurch wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Inhaber dieser Schulen oder deren Lehrkräfte entstehen, der Abstand nach dem Vorbild des Gesetzes bis spätestens zum Beginn des Schuljahrs 1920 hinausgeschoben werden. Die Schulaufsichtsbehörden sind jedoch ausdrücklich angewiesen worden, Jahr um Jahr die Verhältnisse zu prüfen, bevor sie die Fortführung dieser Maßnahmen genehmigen. Mit dieser Durchführung des Grundschulgesetzes ist ein wichtiger Schritt zum Endziel der Einheitsbildung getan worden.

Sur-Verhaftung des Kommunisten Brandler. Wie bereits gemeldet, sind vorgestern Brandler, der Vorsitzende der DKP, und nun seiner Genossen verhaftet worden, weil sie verdächtigt sind, den Versuch unternommen zu haben, die deutsche Reichsverfassung gewaltsam zu ändern und durch Schriften zu hochverräterischen Handlungen aufgefordert haben. Es hatte sich herausgestellt, dass Brandler in Südmähren und Tschechoslowakei ist. Nach Eledigung des gerichtlichen Verfahrens wird die Berliner Polizei wahrscheinlich die Ausweisung Brandlers veranlassen.

Hörung steht die kommunistischen Amtsvorsteher ab. Auf Anordnung des Regierungskommissars der Provinz Sachsen, Oberpräsidenten Hörsing, sind sämtliche der Kommunistischen Partei angehörige Amtsvorsteher und deren Stellvertreter ihres Amtes entbunden worden. Es soll gegen diese ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Begründet wird diese Maßnahme damit, dass es nicht eingängig sei, wenn ein Amtsvorsteher einer Partei angehört, die offen den Untergang des Staates predige. Für den Saalekreis kommen 8 Vorsteher und 12 Stellvertreter in Frage.

Auf dem internationalen Transportarbeiterkongress in Genf gelang eine Resolution über Neutralität und Militarismus aus Verhandlung, die von Timmen (Holland) begründet und einstimmig angenommen wurde. Der Vorschlag Timmens, 10000 Gulden der Propaganda gegen Neutralität und Militarismus zuwidmen, wurde gleichfalls angenommen.

Demokratische Politik in Bayern und im Reich. Die Demokratische Partei Münchens hatte gestern eine Versammlung einberufen, in der Dr. Dietz über die gegenwärtige politische Lage referierte. U. a. sprach er sich über die deutschen Vorschläge an die Entente aus. Um zweckmäßig erscheint ihm eine richtig eingerichtete Gewinnabteilung der Unten an den großen deutschen Industrieunternehmungen. In der Entwicklungsfraze stehen die Demokraten auf dem Standpunkt, dass der Zeitpunkt für die Errichtung der Gewinnabteilungen noch nicht gekommen ist. Sollten die Grenzen des bayerischen Volks befürchtete Konflikte auftreten, so müsse das hingenommen werden. Unbedingt wäre es, wenn andere deutsche Gebiete den Gewinnabteilungen wegen zu leiden hätten. Dagegen müsse die bayerische Regierung Mittel suchen, jedoch nur im Zusammenhang mit der Reichsregierung. In einem engeren Zusammenschluss Verbund mit Württemberg und Baden steht Dr. Dietz große Vorstellen. Zum Schluss betonte er,

dass die Errichtung der Gewinnabteilungen später sei, wenn den bayerischen Unternehmen die Zeit dazu an währen.

Mitteldeutschland und Sachsen. Wie das "Blatt im Rhein" in Mainz mittelt, waren seither auf dem Landhof Wiedenbrück 18 Waggons und 2000000 ein, die mit Räumen, Material und Werkzeugen ausgestattet und den Jahren 1920/21 bestimmt waren. Diese Waggons müssen auf Grund des Artikels 245 des Friedensvertrages ausgeliefert werden. Die Arbeitsgeräte müssen dagegen alle bis dahin erlangten bei "französischen Gewerken", von der Zeit Krieg XIV. bis zur Neuzeit, welche in Weltkrieg erworbenen Gewichte müssen an Frankreich ausgeliefert werden.

Ein unabkömmlingiger Verdacht im Verhandeln bei Goslar. Nach Übereinkünften aus Halle hat der unabkömmlingige Vorsitz der Ganghofergruppe einen längeren Urlaub von unbestimmter Dauer angezettet. Gegen ihn kommt ein von der Staatsanwaltschaft eingesetztes Verfahren wegen Hochverrats.

Wissensfrage des Ministrerschiffen. In der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Graf Stephan Breiden: Die Regierung habe die Aufgabe, der Nation eine feste politische Führung zu geben und die bestehende Mischung von allen Städten zu reinigen. Die erste Pflicht der Regierung sei der Kampf gegen den revolutionären Geist. Eine sozialistische Politik könne sich jedoch nicht gegen Freiheit und Demokratie richten, da diese die einzigen Quellen des Fortschritts und kulturellen Aufschwungs seien. Mit der Arbeiterschaft werde Fühlung genommen werden, um die Regelung derjenigen Fragen zu erreichen, deren Lösung auf die Arbeitnehmer beruhigend wirken werde. Die Orientierung der auswärtigen Politik müsse auf Grund des Friedens von Trianon erfolgen. Trotzdem thun und werden ungarn nicht vergessen, dass der Frieden unter unbedenklichem Gewebe aufgestellt bekommen sei. Ungarn dürfe nichts, als die Brüder vergessen, die unter Fremdherrschaft gelangt, mit der Nation denselben eine kulturelle Einheit fördern, die kein Friedensbündnis zerstören könnte. In der Königsfrage habe die Regierung auf dem Standpunkt, dass laut Gesetz die Ausübung der Königsgewalt ruhe. Die Krontrage könne nur gelöst werden, wenn das Land vollkommen kontrolliert und von jeder fremden Beeinflussung befreit sei werde. Jede Stellungnahme in dieser Frage, welche die Harmonie der Nation gefährdet, müsse mit allen Mitteln unterdrückt werden. Der Ministerpräsident schloss mit der Aufforderung an die Nation, alle Kräfte in gemeinsamer Aufmerksamkeit zu vereinigen. Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Das Schulfahrtsjahr 1925.

Was schreibt uns: Frankreich hat die Unterstützung der Alliierten für seine Gewaltpolitik zum guten Teil dadurch gewonnen, dass es seine Truppen in überwiegendem Maße die Aktionen zur Verstärkung stellt. Ob englische und italienische Truppen sich dem für den 1. Mai angebrochenen französischen Vormarsch anzuschließen werden, ist zweifelhaft. Die Einführung als Gerichtsvollzieher legt also Frankreich schwere Kosten auf, denn wenn Deutschland die Kosten der weiteren Besetzung auch wird zahlen müssen, die Menschen sind Frankreich helfen. — Nun ist der französische Militarismus ja kräftig genug, um dieses Opfer durchzuführen, denn sein Gott der Erde harrt im Verborgenen zu seinem Siegeszauber so von Rüstungen wie Frankreich. Es gibt zwar die dreijährige Dienstzeit, die es ihm ermöglicht, bei Kriegsausbruch eine größere Armee unter Waffen zu haben als Deutschland, auf zwei Jahre herabgesetzt. Damit ist die Friedensstärke seines weißen Heeres, das im Sommer 1914 700 000 Mann zählte, auf 500 000 Mann hinuntergegangen, dafür zählt aber die farbige Armee 180 000 statt höchstens 90 000 im Jahre 1914 und kann nach der formellen Einführung der Wehrpflicht in den Kolonien noch vermehrt werden. Geradezu ungewöhnlich ist die Vervollkommenung der Bewaffnung, die es vermöge weittragender Geschütze und einer Unzahl von Flugzeugen heute möglich macht, dass die Unangreifbarkeit Englands gegenüber Frankreich heute tatsächlich nicht mehr besteht, eine Tatsache, die in Deutschland viel zu wenig bekannt ist, weil die Alliierten sich darüber ausschweigen. — Deutschland zu vergewaltigen, ist für Frankreich also ein Kinderspiel, nur das mit der augenblicklichen Belebung das ganze Problem nicht gelöst ist, denn die Politik, die es jetzt einschlägt, hat nur einen Sinn, soweit man bei ihr überhaupt von Sinn reden kann, wenn Frankreich imstande ist, diesen Druck dauernd auszuüben. Und das ist nun allerdings eine heile nicht mit Sicherheit zu beantwortende Frage, denn der Stand der weißen Armee lässt sich nur aufschätzen, wenn die nötigen Dokumente vorhanden sind. Es ist allgemein bekannt, dass Frankreich schon vor dem Kriege seinen Geburtenzettel mehr aufzuwischen hatte. In der so wie so schon abnehmenden Geburtenzettel ist nur der fürchterliche Aderlass der Kriegszeit getreten, in denen die Geburtenzettel auf etwa die Hälfte zurückgegangen sind. Das bedeutet, dass, wenn diese Kinder militärdienstfähig geworden sind, die weiße Armee statt etwa 240 000 Rekruten nur wenig mehr als die Hälfte einkennen kann. Gewiss kann man durch längere Einbehaltung älterer Jahrgänge und Herabsetzung der Anzahl an die Diensttauglichkeit diese Zahl etwas heraufzuschrauben, aber es ist unmöglich, dadurch einen vollständigen Ausgleich herbeizuführen. Es bleibt nur eines übrig, vom Jahre 1930 an die Kinderzettel durch farbige Truppen zu ernehen, und das Frankreich ist nicht gewennt, zu diesem Erfas zu greifen, muss man bei seiner heutigen Gemütsverfassung leider annehmen. — Das bedeutet eine weitere freiwillige Degradation der weißen Armee, unter der wie sicher am meisten leiden werden. Aber ob Frankreich vor diesem methodischen Wahnsinn nicht eines Tages zurückzuharden wird, das ist eine Frage, die bis nicht nur die Nachbarstaaten an der Seine, sondern auch England und Amerika einmal vorlegen sollten. Insofern ist das Jahr 1925 ein Schulfahrtsjahr nicht nur für uns, sondern für alle, die es angeht.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 21. April 1921.

Meldungen aus Berliner Presseblättern.

(Berlin). Prinz Heinrich Seppold hat das preußische Finanzministerium auf Herausgabe der ihm entzogenen Sachen und Gelder sowie Freigabe der beschlagnahmten Banknoten und auf Unterlegung weiterer Bekämpfungen und Eingriffe in die praktische Verwaltung verlangt. Der erste Verhandlungstermin ist heute vor dem Berliner Landtag.

(Berlin). Wie aus Hanau gemeldet wird, haben die letzten Räthe im Main- und Kinziggebiet Nachschüsse bis zu 7 Grab gebracht. Die fränkische Räthe ist größtenteils vertrieben. Auch aus Mitteldeutschland liegen viele Meldepapiere über Schäden an der Öffentlichkeit vor.

(Berlin). Wie der erste Tag der neuen Räthe zeigt, viele Veränderungen im Personalaufbau und in der Haushaltswirtschaft gezeigt. Nach Düsseldorf und Frankfurt a. M. und Coburg funktioniert der neue Räthe wegen Mangels an Personal und ökonomischen Verhältnissen noch sehr unvollkommen. Die fränkischen Räthe konzentrierten sich auf eine oberflächliche Kontrolle der Personalaufbau und Güterverteilung. Aus Düsseldorf wird eine sozialistische Stellungnahme des Gütervertriebs gemeldet. Da den Gütervertrieben in Düsseldorf liegen riesige Mengen von Gütern, so dass die Räthe am Ende der Güterverteilung keinen Nutzen für die Güterverteilung. Die fränkischen Räthe konzentrierten

sich auf andere Sachen, teilweise auf öffentlichen Diensten einen Zeit zu nutzen und nicht zu haben an sich.

(Berlin). Die Räthe in Sachsen-Anhalt und Thüringen haben die Räthe in Sachsen-Anhalt derartigen Zugriff verboten. Diese Räthe haben die Räthe in Sachsen-Anhalt eingetragen. Auch der kommunale "Räthe", der die Räthe in Sachsen-Anhalt nicht mehr erlaubt.

(Gotha). Da vom Tongauer Räthe verboten wurde der Räthe in Sachsen-Anhalt auf die Räthe bei Tongau zu gehen, haben die Räthe in Sachsen-Anhalt verboten. Mit seiner Mittelpunkt erhielten Räthe in Sachsen-Anhalt von fünf bis zehn Jahren.

(Stuttgart). Die Wirkung der Sanctionen macht es der wirtschaftlichen Industrie bereits durch Beschränkungen und Abschaffungen bewirkt. Die Firma Bosch in Stuttgart hat 600 Arbeitnehmer entlassen. Andere große Firmen haben ihre Betriebe ganz geschlossen.

Der geschilderte Kreis.

(Berlin). Im "Borodino" wird den Deutschen die Schuld zugeworfen, dass das neue preußische Räthe nicht nur, sondern gegen die Sozialdemokratie gebildet wurde. Die Ausgabe, Republik und Demokratie zu haben, füllt der Sozialdemokratie Partei allein zu. Sie wird kämpfen für Republik und Demokratie mit allen wahren Demokraten zusammen gegen die Politik der Deutschen Demokratischen Partei, gegen die Regierung des Überganges zur allgemeinen Reaktion.

Die Belastung der deutschen Einheit in Serbien.

(Belgrad, Naere Bosnien). Gemäß den Abschlüssen des Londoner Kongresses hat die Belastung die Übernahme einer 50 prozentigen Abgabe auf die deutsche Einheit bestimmt. Die Wahrnehmung ist bereits am 10. April in Kraft getreten.

Eine alliierte Heimilfsgemeinschaft für das Ruhrgebiet.

(Paris). Wie der diplomatische Berichterstatter der "Chicago Tribune" seinem Blatte mittelt, soll Marschall Foch die Meinung vertreten, dass in Frankreich und vielleicht auch in den verbündeten Ländern 1000000 Friedenswillige aufgebracht werden könnten, um eine Belagerungsarmee zu schaffen, die für die Kontrolle des Ruhrgebietes und auch Westfalens sorgt, falls dieses Gebiet besetzt werde.

Soz. u. Sozial.

(Paris). Nach einer Meldung des "Molin" aus Straßburg ist der chemische deutsche Staatssekretär für Elsaß-Lothringen Bernhard von Guise gekommen in Straßburg im Alter von 72 Jahren gehörte.

Geistes und die Entwicklung des Unternehmens.

(Paris). Der Kammerausschuss für aufwändige Angelegenheiten nahm den Vorschlag Berlins betreffend die Organisation der Gruben im Saargebiet an und beschloss, die Regierung aufzufordern, diplomatische Verhandlungen über die Reparation nach den Entscheidungen des Amerikanischen Kongresses einzuleiten.

England und die Sanctionen.

(Paris). Über die Stimmung in England wird dem "Tempo" von seinem Bonner Mitarbeiter ein Bericht überliefert, in dem es u. a. heißt: Nicht die Berechtigung der Sanctionen wird angewiesen, sondern ihre Wirksamkeit. England hält andere Maßnahmen bereit, die von einschneidender Stärke sein würden und die Großfinanz würde darin herangezogen werden. Wenn die Reparationskommission 30 bis 50 Prozent des Wertes der Alten der großen deutschen Industriestrüke erhält, dann könnten die Verbündeten auf die Unternehmungen einen katastrophalen Eindruck ausüben.

Die Verstärkung Deutschlands.

(Paris). Der augenblicklich in Berlin anwesende Sonderberichterstatter des "Journal" Edward Hedges schreibt: Das einzige Mittel, Deutschland moralisch in den Friedensaufstand zu versetzen, ist, bei den Räthen einzutreten, die dieser Friedensauflage von 60 Millionen aufweist. Einzelheit ist es nach dem Frieden von 1919 unmöglich gewesen, Deutschland in lauter kleine Staaten zu pulvriifizieren, wie es durch den wohlthätigen (Westfälischen) Frieden geschehen ist; aber es hätte nichts Westfälisches darin gelegen, es in zwei oder drei Stücke zu zertheilen, Nord-Deutschland, Südw-Deutschland und Rhein-Deutschland. Vielleicht ist es jetzt noch nicht zu spät dazu.

Die englischen Zungen gegen die deutschen Kriegsverbrecher.

(London). Die "West Association" berichtet: Am kommenden Dienstag beginnt im Volksgesetz in der Bow-street das amtliche Verhör der Beugen, die bis zu den gegen Ende Mai beginnenden Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsverbrecher nach Bezugnahme degeben werden. Das Verfahren ist öffentlich. Etwa 50 Beugen werden nach Leipzig führen.

Die Abdroselung des deutschen Handels.

(London). Der Weltminister "Gazette" schreibt: Wenn die französischen Räthe befreit werden, so bedeutet dies einen neuen Schritt zur Abdroselung des deutschen Handels. Obwohl die Wehrzeit des Unterbautes betrachtet ist, Frankreich in unterzubringen, so sind doch genügend Mitglieder vorhanden, die wissen, dass, wenn Deutschland in ein wirtschaftliches Chaos geworfen wird, dies nicht von Deutschland sein wird. Diese Mitglieder beginnen, die Regierung um eine neue Erörterung über die Anwendung neuer Sanctionsmaßnahmen zu ertragen, bevor diese in Kraft gelegt werden.

Massenvereinigte Verhaftung in England.

(London). Hier in der Hauptstadt White City, des Verteidigungsministers, verhaftet werden unter der Verhafung, in einer Arbeitlosenversammlung eine aufreisende Rude gehalten zu haben.

Deutschland.

(Dresden). Wie die "Sächsische Zeitung" amtiell meldet, entzog die Sächsische Räthe ihr Güter auf der Güterstraße 8720 zwischen den Stationen Wittenbergstraße und Ostringstraße auf offener Straße. Der Materialhandel ist sehr gebremst. Räthe sind nicht verletzt worden. Über die Räthe wird jetzt eine amtliche Untersuchung aufzurichten. Die Räthe ist gelöst. Etwa zehn Wagen liegen neben den Gleisen. Die Linie und Güterverkehr der Bergarbeiter zu und von den Grubenorten und Güterzügen einschließlich der Güterbahnen trocken an der Ingolsthalstraße ein.

Rath und Räthe.

Wie die Räthe der Dresdenischen Philharmonie durch Gouverneur berichten schwere Blätter, die sie einen Sieg aus deutscher Räthe behaupten. Die Dresden Räthe werden überall begeistert aufgenommen und in als Räthe der Räthe bezeichnet. In Dresdenheim gab man ihnen am 18. d. ein Fest, wo sie die Räthe in Sachsen-Anhalt erhalten wurden. Auf dem Güterbahnhof war während dieser Zeit neben den Güterbahnen auch die Güterstraße geöffnet. Auch in Görlitz wurde zu diesem Anlass eine Räthe der Räthe der Räthe veranstaltet. Die Räthe in Sachsen-Anhalt haben die Räthe in Sachsen-Anhalt über die Räthe in Sachsen-Anhalt. Sie sind die Räthe der Räthe der Räthe. Die Räthe in Sachsen-Anhalt haben die Räthe in Sachsen-Anhalt über die Räthe in Sachsen-Anhalt. Sie sind die Räthe der Räthe der Räthe. Die Räthe in Sachsen-Anhalt haben die Räthe in Sachsen-Anhalt über die Räthe in Sachsen-Anhalt. Sie sind die Räthe der Räthe der Räthe. Die Räthe in Sachsen-Anhalt haben die Räthe in Sachsen-Anhalt über die Räthe in Sachsen-Anhalt. Sie sind die Räthe der Räthe der

Café Promenade. Heute Sonntag eine Känsler-Konzert.

Zentral-Lichtspiel-Theater
Gröba.

Achtung! Achtung!
Hammerlichtspiele Riesa

Hauptstraße 1.

Filmschau:

,Augen der Welt'

Drama in 5 Akten

Spannung von Anfang bis Ende.

Bahnenschau:

Dresdner Beritos-Sänger

n. a. Gr. Anna Cibani, die hier so beliebt gewordene Kinderdarstellerin
Gr. Lilli Grohmann, die reizende Vortragssängerin
Gerr. Jerry Mayne, die sächsische Stimmungsfanone, als Vortragsmäzen
Ossi Wolf Weinardi, Recitator und Humorist.
Um gütigen Zuspruch bitten
der Sänger, Jerry Mayne.

Vereinsnachrichten

Wafferverein Zora. Freitag Probe: pünktlich erscheinen.
Büdnerischer Verbund. Freitag, 22. 4., abends 1/8 Uhr
Hotel Höpner, Erdgeschoss. Tagesordnung: 1. Dem Gedächtnis der Kaiserin. 2. Bericht eines Oberschlesiens.
3. Von Deutschtum brauchen. 4. Geschäftliches. Ein-
geföhrt. Gäste willkommen.

R. C. 10. Morgen abend 7 Uhr Vorstandssitzung im
Restaurant „Goldener Löwe“.

Verein für Gesundheitswesen e. V. Riesa. Freitag, den
22. April 1921, abends 8/9 Uhr ordentliche Mitglieder-
versammlung (Hauptversammlung) im Cafe Wolf
(Verleihzimmer). Tagesordn.: 1. Jahresbericht, 2. Kosten-
bericht, 3. Bericht der Rechnungsprüfer, 4. Neuwahlen,
5. Verschiedenes. Um zahlreiche Erscheinen wird gebeten.

Freitag, 22. April, abends 1/8 Uhr

Mieter-Versammlung
im „Westiner Hof“, Riesa. Richtlinien. Wohnungsordnung
der Stadt Riesa. Aussprache. Die Sitzungen bereitigen
um Eintreten.

Freie Vereinigung ehemal. 103er.
Sonnabend, 23. April, um 1/8 Uhr
findet im Hotel Höpner unter

23. Stiftungsfest

statt. Die Kameraden nebst Angehörigen und Gäste werden
nochmals herzlich eingeladen. Auf die Annonce vom Dienst-
tag wird nochmals hingewiesen. Der Gesamtvorstand.

Männergesangverein Gröba.
Sonnabend, den 23. April

41. Stiftungsfest

im Gasthof Gröba. Saalfassung 1/8 Uhr, Anfang 1/7 Uhr.
Gesang- und Instrumentalkonzert unter Mitwirkung der
Frau Dr. Ritter, Gröba. Nach dem Konzert feiner Ball.
Der Gesamtvorstand.

R. Richterische Konzvereinigung „Gelmeiß“
Riesa.

Sa unterem am Sonntag, d. 24. April, von nachmittag
4 Uhr an im Gasthof Mergendorf, stattfindenden

Katerbummel

werden hiermit alle Mitglieder und die zum Unterhaltungs-
abend mit Einladungen bedacht gewesenen Gäste herzlich
eingeladen. Einl. 1/4 Uhr. Der Gesamtvorstand.

Riebag Spezialangebot in Rundhübel:
Uebersees-Mittelschnitt, Uebersee
Kolonie 3a 100 Gramm M. 3.75
Uebersees-Uebag, Uebersee
Kolonie 17. 50 Gramm M. 2.50
— Weide: —
Schillerstr. 22. Uebersees-Sigaren von 50 Pg. an
En gros: Transvaal-Sigaren
Wettinerstr. 26. von 50 Pg. bis M. 1.80.

Am 16. ds. Wts. verschied saft nach Langem,
schwerem Leben unter innigster gelebter freu-
langernder Satte und Vater, der

Königl. Förster Max Krüger.

Geburtsjahr, 20. 4. 21.

Sein Sohn Max

Ella Krüger

Rust Krüger

Wartbergische Krüger

Auf ewig unseres lieben Entschlafenen
erfolgt die Bekanntgabe erst nach erfolgter
Bestätigung.

Heute letzter Tag: „Die Geheimnisse von London“.
Freitag bis Montag, bis 25. April, der große **Werner-Film**.

Der Golem, wie er in die Welt kam

Bilder nach Begebenheiten aus einer alten Chronik von Paul Wegener, in 5 Kapiteln.

Dieser Film wurde in U.-L.-Dichtspielen Dresden 14 Tage vor ausverkauftem Haus gezeigt.

Jemand lasse sich dieses Filmwerk entgehen. „**WU**“ Beginn der Vorstellungen 7 und 9 Uhr. Eintritt 6,- 10,-.

Sonntag ab 2 Uhr Jugend- u. Familienvorstellung. Um gütigen Zuspruch bittet Anna Sepp.

Konzertdirektion Otto Fischer, Dresden.

Diesen Sonntag 1/8 Uhr Clavierkonzert

Einmaliges Gastspiel

• Tanz • und Recitation

Vina Gerzer Prima-Ballerina der

Staatsoper Dresden

Baron Carl von der Nopp

Um Klavier: Gerbert Wagner.

Dresden. Angeber: ... über entzückend seiner

Körper und ihre Langsamkeit bewöhnten sich

vorzüglich. — Berliner Tageblatt: ein

fratzoller Sprecher ... kommt die Leidenschaft

der Singkunst in die Herzen.

Karten M. 6 u. 4 (u. Steuer)

Guthausdruck Reinhardt.

8ung! 8ung!

Wieder eingetroffen die altebekannte gute Ware:

2-Bund-Dose Rindfleisch M. 10.50

2-Bund-Dose Leberwurst M. 5.50

Bo. Rindfleisch — Sped — Schweinefleisch

Tafelmargarine 8.50 und 0.00 M.

Empfehle fünf, andere Waren zum billigsten Tagespreis.

Paul Pfeifer, Westinerstraße 29

Telefon 147.

Feinstes

Schweineschmalz

Tafel-Margarine

empfohlen Biller

Thams & Garfs

Hauptstraße 54.

Steife, Kurk- und Zell-Berlauf

für Stadt und Land —
morgen Freitag von 10-10 Uhr ab.

Staubabsaugung und Dampf im Raum 8 Markt,
Albert-Weg, Wiesbaden, 10, Tel. 455.

Freitag, den 23. April, abends 7/8 Uhr
im Hotel Riesa (Neuer Saal)

Öffentliche Frauen-Versammlung.

Vorstandsges. Frau Eva Böttcher

spricht über:

Die Frau und der Sozialismus.

Frauen und Mädchen erscheint in Massen!

Die Frauengruppe Miete der Sozialdem. Partei.

Jugendring Riesa

Sonnabend, 23. 4., abends 1/8 Uhr, Turnhalle Knabenschule

Sonnengesang des big. Franz von Assisi.

Paradeisspiel aus Obernir (1500).

Sonntag, 24. 4., abends 1/8 Uhr, Turnhalle Knabenschule

Tolkaus.

Darsteller: Deutsche Volksspieler, Gruppe Georg Funk, Dresden.

Eintritt 6.— 4.50, 3.— und St.

Vorverkauf: Buchhändl. Hoffmann und durch die Jugendbünde.

23.—30. 4. wochentags 5—7, Sonntags 11—1, 3—6 Karolinach.

Buchausstellung mit Verkauf. Eintritt frei.

Gasthof Sonntag von 4 Uhr an

Nünchritz! Ballmutter.

Milka

Feinstes Tafel-Margar.

Wund 8.80, 10 u. 11 M.

Bienehonig

gar. rein, Wund 16 M.

Wiza-Tafelöl

Wund 14 M.

Mallaroni, deutsche

Wund 9 M.

Ernst Handusch

Riesa, Hauptstr. 55.

Gundenlitschen

für Robbenbündler auf Mai—September

periodisch in der Tagesblatt.

Druckerei, Riesa.

Handwerker-Zitung.

Im Fremdenhof Konzerns

Weintraub, den 27. 4., nach-

mittag 5 Uhr

Versammlung.

Tagesordnung: Gehrlings-

aufnahme, Werbliches.

Arbeitsbücher mit Lebe-

reverträgen sind bis Sonntag

abzugeben an d. Unterr.

Der Obermeister.

Für die vielen Beweise der

Liebe und Teilnahme beim

Heimgange ihrer so beiz-

lebten kleinen

Gruss

danzt herzlich

Wiese Janosch

nebst Angehörigen.

Wappig 7 k.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange
unsers lieben Vaters, Bruders und Schwagers, des Bahnwärters

Friedrich August Bräunling

sagen wir nur hierdurch allen unsren herzlichsten Dank.

Zeithain, den 21. April 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied gestern mittag 1 Uhr meine
liebe unvergessliche Gattin und Mutter unsrer lieben Kindes, unsre liebe gute Schwester,
Schwagerin und Tante

Frau Hilma Elsa Gehre

geb. Kühne.

Dies zeigt in unergrätem Schmerze hierdurch an
der tieftraurnde Gattin **Max Gehre**
nebst übrigen Hinterbliebenen.

Koblenz, Kalbitz und Mantitz, 21. April 1921.

Die Trauerrede findet Sonnabend, den 23. April, mittag 1/1 Uhr im Trauerhaus statt
und die Beerdigung erfolgt nachmittag 3 Uhr auf dem Friedhof in Mantitz.

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Verleger und Herausgeber: Sanger & Winterlich, Riesa. Herausgeber: Gustav Kroll. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Götschel, Riesa; für Umgangssprach: Wilhelm Mittfeld, Riesa.

Jg. 92.

Donnerstag, 21. April 1921, abends.

74. Jahrg.

Eine ernste Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Um Preußischen Landtag unterbrochen gehen nach & W. Präsident Seiner über die Beratung der deutschnationalen Kabinette über die Auswirkungen durch die Vereinigung eines Schreibens des Ministerpräsidenten Stegerwald, in dem es heißt: Im Laufe der Verhandlungen über die Bildung eines preußischen Ministeriums ist mir aus Kenntnis gekommen, daß ein Teil der bei meiner Wahl zum Ministerpräsidenten auf mich entfallenen Stimmen unter wenigen Vorauflösungen abgegeben worden ist. Da ich nicht gewusst bin, aus diesem Anlaß wegen verdeckten Abstimmung abzugeben, habe ich eine ernste Wahl des preußischen Ministerpräsidenten für notwendig. Ich ziehe daher meine Annahmeerklärung hiermit zurück.

Die Verleihung des Schreibens rief große Bewegung im ganzen Hause hervor und wurde mit Bevorrechten auf der linken Seite aufgenommen. Präsident Seiner verzog sich dann zur Weiterberatung und lebte auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung als ersten Punkt die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Zu dem Schreiben des Ministerpräsidenten Stegerwald erhielt W. Präsident Seiner eine formale Bedeutung, da die Freiheit des Landes entschlossen ist. Stegerwald ernannte zu wählen. Dieser legt jedoch Gewicht darauf, vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident die politisch-moralische Atmosphäre getrennt zu wissen.

Das neue preußische Kabinett.

Von gutunterrichteter Seite wird W. Präsident Seiner als Ministerpräsident Stegerwald, der sich dem Landtag noch einmal nach Kurzfrist abe seines Postens zu Wahl stellt, bestätigt für den Fall seiner Wiederwahl folgendes Schreiben zusammenstellen:

Stegerwald Präsident und Volkswohlbehörde, Reichsbeauftragter Dr. am Schenck, Reichsminister a. D. Erster (Mitglied des Reichstages und des Landtages) Inneres, Saemtliche Präsidenten des Landes (inzwischen Gesetz), Finanzen, Ministerialdirektor (Vorwärts) Landwirtschaft, Staatssekretär Professor Dr. Heider Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Das neue Kabinett wird sich in dem oben angekündigten Halle am Freitag dem Landtag vorstellen.

Wenn es wahr ist, daß, was lange währt, endlich gut ist, dann kann Herr Stegerwald sich heute einen glücklichen Tag nennen, denn das Spiel der preußischen Kabinettbildung hat wahrscheinlich lange genug gedauert. Nachdem das alte Ministerium, wie es das parlamentarische System eigentlich erfordert, nach den Wahlen nicht sofort zusammengesetzt war, sondern angesichts der zahllosen möglichen Zusammensetzung des Landtages und der Schwierigkeiten einer jüngeren Verhandlung im Amt eingeschlagen war, mußte man im Übrigen als ein Opfer antreten müssen, daß man erwarten sollte, daß man die seither bestehende Zeit zur Schaffung einer widerstandsfähigen Kombination benutzt hätte, aber es ist glücklich vorher war, was gar nichts geschah, und als man schließlich sich auf das Kompromiß der einstweiligen Wahl eines Ministerpräsidenten einigte, waren die Schwierigkeiten fast nur vermehrt, denn Stegerwald wurde mit einer Freiheit gewählt, die von den deutschnationalen bis zu den Wehrheitsparteien ging, und von der jede Partei dadurch das Recht für sich in Anspruch nehmen zu können glaubte, bei der Zusammensetzung des Ministeriums Wünsche geltend zu machen.

Noch einmal den Morterweg, den Stegerwald bis zur Präsentierung des Kabinetts gehen mußte, heranzustellen, steht kaum. Die großen Politiker hatten dabei wenig zu tun, die gerissenen Parteiführer behaupteten das Fels, und die Begleiterscheinungen der Kabinettbildung sind ja entsprechend wenig erstaunlich gewesen. Daß diese vorzeitlichen Erwägungen schließlich den Sieg davongetragen haben und die Bildung eines aus einer parlamentarischen Mehrheit erwachsenen Ministeriums verhindert haben, kann man im Interesse der ruhigen Fortentwicklung des politischen Vertrauens nicht bedauern. Beträchtet man das neue Regierungskabinett rein vom Parteianstandpunkt, so muß man feststellen, daß seine Mitglieder im wesentlichen Demokraten und Centrumsländer sind. Damit ergibt sich die überraschende Tatsache, daß die Demokraten trotz ihres Misserfolgs bei den Wahlen im Kabinett einen außerordentlich starken Einfluß haben werden, wenn sie sich auch, da das Kabinett ja von Fall zu Fall Rechte im Landtag zu handeln bringen mag, keiner großen Bewegungsfreiheit erfreuen werden. Es wird nun die Frage sein, ob die Deutsche Volkspartei oder die Sozialdemokratie mehr geeignet sind, dem Kabinett gegenüber eine ähnliche Haltung einzunehmen, wie es jetzt die Sozialdemokratie gegenüber der Reichsregierung tut, denn danach wird es sich richten, ob der Kurs mehr nach rechts oder nach links gesteuert wird. Bei den starken Ambitionen, die die Deutsche Volkspartei bei der Volksbildung hatte, ist eigentlich von ihr eher auf Wohlwollen zu rechnen, das natürlich nicht gratis gegeben wird, während die Sozialdemokratie, nachdem sie ihre Bedingungen nicht hat durchsetzen können, ganz plausibel scheint, sich freie Hand in jeder Richtung gleichzeitig zu geben. Edward Bernstein, der von jeher der Prediger des Zusammenhangs der Unabhängigkeiten mit der alten Partei war, hat jetzt erst wieder im "Vorwärts" seine Stimme erhoben und auf die schweren Schäden, die die Spaltung in der sozialistischen Bewegung gebracht hat, hinge weisen. Man würde es nur als die natürliche Entwicklung der Dinge betrachten können, wenn zwischen der alten Partei und dem Rest der Unabhängigen nach den Ergebnissen der Riesischen Tagung das Kriegsbeil, dessen Risse man jetzt ließen zu leben bekommt, gänzlich begraben würde. Und der Augenblick scheint auch dem Rückgang der kommunistischen Umlaufen, die der kommunistischen Partei schweren Schaden zugefügt haben, der geeignete zu sein. Vorauflösung dazu ist aber, daß die Weimarer Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade in Opposition steht, damit über den Zonen von Rosa und Heinz, die der Weimarer Sozialdemokratie von den Unabhängigen am meisten zum Vorwurf gemacht werden, einiges Gras wachsen kann.

Was kann nicht prophezeien, ob sich diese Opposition bis zur Kabinettbildung auswirkt. Wenn die sozialistischen Parteien nun sind, sehen sie solcher Taktik von vorne herein logische Dampfer an, die sie ja durch Erfahrungen der Jahrzehnte gewusst haben. Beides endet in der Einigung der beiden sozialistischen Parteien auch für das Bürgeramt von West. Ob es jetzt zu einer Zusammenfassung der Parteien an der Regierung kommen wird, wird von der Entwicklung des großen Politik und von Schätzungen auf die Reichstagswahlen abhängen. Die Schätzungen, die

Wiederzusammentritt des Reichstags

Deutscher Reichstag.

mit Berlin, 20. April.

Hans und Tribunen sind bei Beginn der Sitzung nur schwach besetzt, als Präsident W. Präsident Seiner die Eröffnung der Sitzung abbricht. Wäre die Abstimmung umgehend ausgeführt, wäre die Entente keinen Augenblick im Zweifel gewesen, wenn das Land zugewiesen wäre. Die gleiche Gerechtigkeit verlangt das deutsche Volk und die Bevölkerung Österreichs auch für sich.

Daran anschließend wird ein Begrüßungstelegramm des Deutschen Reichstages überreicht.

Präsident W. Präsident Seiner mit der Abg. Börsig habe eine Mitteilung an das Haus gerichtet, derzu folgt er bei seiner Wahl ein Blankformular unterzeichnet habe, das Inhalt, daß er unter bestimmten Voraussetzungen sein Mandat überzugeben habe. Diese Erklärung erkläre er als zurückgezogen, für den Fall, daß jetzt etwa ein Mandatoverzicht eintrete.

Zur Interpellation Wiedhold (Komm.) über die auswärtige Politik bemerkte ein Staatssekretär, daß die Bevölkerung innerhalb der gesetzlichen Frist erfolgen werde, daß dies aber möglichst rasch der Fall sein werde.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung einiger Grenzabschritte des Saargebietes.

Abg. Körrell (Dem.) verkündet die Abwesenheit, in der wir uns befinden, und nimmt für den Reichstag die Wahrung des Rechtsstandpunktes in Anspruch. Die Vorberatungen der Entente widersprechen den klaren Bestimmungen des Vertrages über Friedensvertrag. Die Saarindustrie ist von Deutschland durch den Frieden abgeschnitten, die französische Industrie schlägt sich auf Konkurrenz ebenfalls gegen das Saargebiet ab. Somit steht das Saargebiet vor dem größten Elend. Frankreich lädt die wirtschaftlichen Interessen um der politischen Ziele willen zugrunde gehen. Man will den deutschen Beamten wie den deutschen Arbeitern verdrängen und durch Franzosen ersetzen. Mag das Rheinland sich hieran ein Beispiel nehmen. Wir können den Saarländern nicht helfen, aber ihnen ausruhen, uns die Treue zu halten, bis zu dem Tage, wo auch sie wieder Deutsch werden.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) protestiert gleichfalls gegen die Behandlung der Saarländer durch den Völkerbund und beantragt Ueberprüfung an den Ausschuß.

Abg. Holmann-Ludwigshafen (A.) schlägt die Schwierigkeiten, welche die Franzosen auch dem privaten Verkehr durch die Grenzschranken bereiten. Sie können damit aber das Zusammengesetzte Gefüge nicht zerstören.

Gemäß dem Antrag Schulz-Bromberg wird der Entwurf dem Ausschuß für die Ausführung des Friedensvertrages überwiesen.

Es wird sodann eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt. Antrag Hoffmann (Komm.) auf Entlastung des in Rüsselsheim verhafteten Abg. Wendelin Thomas, der inzwischen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist und mit Buchdruckarbeiten beschäftigt wird, wird vom Abg. Beyer (Komm.) eingehend begründet. Redner gibt den Inhalt der Vorlage wieder, die Thomas geholt und fragt, wo hier ein Hochverrat vorliege. Kein einziger Zeuge habe bestätigen können, daß Thomas auch nur das Wort "Generalstreik" oder "Revolution" erwähnt habe. Redner verliest einen langen Brief von Thomas, der dieser aus dem Gefängnis an ihn gerichtet. Die bayerische Regierung habe in bisher nicht gefärbter Weise die Immunität der Abgeordneten verletzt. Es beantragt sofortige Annahme des Antrages.

Abg. Trümbeck (A.) beantragt Ausschluß-Ueberweisung. Abg. Müller-Franke (Soz.) schlägt sich dem an, ebenso Abg. Schülding (Dem.). Letzterer ist der Ansicht, daß der Abg. Thomas auf frischer Tat verhaftet worden ist und somit der § 87 der Verfassung hier nicht Platz zu greifen habe.

Abg. Ledebur (Unabh.) tritt für den Antrag Gerner ein, die Ansicht des Abg. Schülding lasse jeden oppositionellen Abgeordneten als vogelfrei erklären.

Abg. Zahl (D. B.) ist ebenfalls für Ausschlußberatung, weil sein Anlaß vorliege, von der sonst üblichen Norm abzuweichen.

Der Antrag Trümbeck wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgt der Antrag Wiedhold wegen

Sozialisten zur Teilnahme an der Reichsregierung zu bewegen, können möglichstens nach dem 1. Mai sehr ernsthaft werden, und dann wird auch die Landtagspäte ihre Tafel daran eintreten müssen.

Zum Aufkulttreten der Güterzollschranken.

Am 20. April ist an den Grenzen des besetzten Rheinlandes die neue Zollkontrolle in Wirklichkeit getreten. Natürlich ist als erste Folge eine völlige Störung des gesamten Verkehrs eingetreten. Die Kontrolle, die von deutschen Beamten vorgenommen wird, aber im übrigen ganz unter französischer Leitung steht, bringt natürlich auch gewaltige Verzögerungen mit sich. Auch der Postverkehr wird unter den neuen Maßnahmen leiden, denn alle von dem befreiten noch dem unbefreiten Deutschland und in umgekehrter Richtung verlaufende Postverkehre bedürfen einer Zollabstimmung und müssen von der deutschen Post erst den Zollstellen zugeführt werden, ehe sie den Empfänger ausgesetzt werden dürfen. Handel und Wandel in dem überaus verkehrsreichen Gebiet werden durch diese Zustände dauernd schwer beeinträchtigt werden. Einige begabte men den deutschen Postverein als einen ungeheuren Fortschritt, der Deutschland erst zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet mache, und in der Tat der erste und wichtigste Schritt zur Gründung des Deutschen Reiches war. Jetzt treten die Zollschranken Deutschland wieder in zwei Teile und weisen auf die ungeheure Gerade hin, die der Reichseinheit und dem Fortbestande des Deutschen Reiches droht.

Aus Köln wird gemeldet: Wie die pfälzige Eisenbahndirektion der "Köln. Zeitung" mitteilt, besteht ein Unterschied zwischen der belgischen und der englischen Zollzone. Jener hat die Kontrolle des Güter- und Postverkehrs tatsächlich eingerichtet. In der englischen Zone sollte die Kontrolle gestern im Laufe des Tages beginnen. Da aber auf Überwachung des Postverkehrs englisch verfasst die nötigen Organe nicht bereit sind, wird damit gerechnet, daß in dieser Zone die Zollgrenze zunächst überhaupt noch nicht in die Erziehung tritt. Wie die Handelszeitung in der Gegend von Koblenz und weiter südlich vor sich sieht, ist hier zur Stunde noch nicht bekannt. Der Postverkehr ist sowohl in der englischen wie in der belgischen Zone unbehindert. Wie die "Köln. Zeitung" dazu weiter erklärt, haben tatsächlich vor 12 Uhr die letzten

Aufhebung der Verordnungen über Ausnahmestimmungen in Groß-Hamburg, der Provinz Sachsen, in Düsseldorf, Brandenburg und Münster, sowie die Beleidigung der außerordentlichen Gerichte.

Verbunden wird damit ein Antrag Müller-Franke auf Auflösung der Sondergerichte.

Abg. Rosenthal (U. S.)

begründet den unab. Antrag und die Notwendigkeit der Aufhebung, weil die Voraussetzungen jetzt nicht mehr vorliegen. Die Ausnahmegerichte seien zudem ein glatter Verhandlungsbruch, jeder Angeklagte habe ein Recht darauf, an der Stelle vor Gericht zu stehen, wo die Tat begangen. Das werde durch die Ausnahmegerichte illogisch gemacht. Wenn gesagt werde, diese Gerichte lösen wegen Beschränkung des Verfahrens im Interesse der Angeklagten, so sei das Schwachsinn. Derartige Richter, der in dem Fall Hitler-Helmholtz sich so mit Taten bekleidet, sei auch der Vorwurf beim Ausnahmegericht. Das sei ein Hohn auf die Rechtsprechung. Wenn Gericht tatsächlich die Aufforderung zum Generalstreik einen Vertrag zur Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Werk nenne, so bedroht diese Entscheidung direkt das Koalitionsrecht. Die Rechtsprechung richtet sich eben nur gegen die Arbeiter. Hierhin gehört auch das Urteil in dieser Siegesstädten-Aangelegenheit. Die Zweite, ob hier wirklich ein Attentat vorgelegt hat, sind nur zu berechtigt und Auflösung ist ja nicht geschossen worden. Gegen die "rote Fahne" ist ohne jeden Nachdruck eingetreten, mit Zigarettenmarken werden gegen die Arbeiter geschossen und Staatsanwälte und Richter hätten sich mit einer wahren Wollust auf solches Material. Daran, daß Unschuld vor dem Sondergericht kommen sollen, verläuft nichts, dagegen wird gegen die eingetretene werden, die an die Ermordung glauben. Die Ausnahmestimmungen können den revolutionären Geist der Arbeiterschaft nicht erschlagen, dafür sorgt schon der Rufus bei der Bourgeoisie und das Elend und die Arbeitslosigkeit auf Seiten der Arbeiter.

Justizminister Heine:

Die Annahme, als entstpringen den Verordnungen einem Nachschnell, besteht nicht zu Recht. Was Abg. Rosenthal vorbrachte, seien Überzeichnungen und Entstellungen. Die Berliner Kommunikationszentrale hat offiziell die Annahme des Kampfes angeordnet, die Arbeiter haben zwar geschossen, nicht die Cipo, das steht dokumentarisch fest. Redner verliest eine kurze Zusammenfassung aus dem amtlichen Bericht, auf Grund dessen die Verordnung erfolgt sei, schlägt die Wiederaufnahme der gesunkenen Tropfen, die ein Schlaglicht auf das ganze Volk werfen, es handle sich hier um Ausnahmestädte, die auch im Ausnahmeverfahren geregelt werden müssen. Pflicht der Justizverwaltung war es, entsprechend zu handeln. Hier liegen ganz konkrete Fälle vor, die besonders zusammengefaßt und gleichzeitig zur Erledigung gebracht werden sollten. Diese Tendenz von Hochvertragsprojekten hätten auf dem gewöhnlichen Wege gar nicht so rasch erledigt werden können. Die Verordnung widerspricht im übrigen dem Verkehrsrecht nicht. Der Artikel 48 gestattet dem Reichspräsidenten ausdrücklich das Recht zu, gewisse Rechte abzutreten zu können. Weiter ist nichts geschehen (Protektur ist ja Jurat: Wo steht das geschrieben?). Der Sonderrichter ist genau so berechtigt wie der gewöhnliche Richter. Vor einer Änderung der Verordnungen muss ich entschieden warnen. Jugendliche Angeklagte werden ja nach Möglichkeit nicht vor diese Gerichte kommen. Verschiebungen bei den Verhandlungen sollen vermieden werden; es handelt sich ja hier um frische Fälle, wo noch alle Zeugen vorhanden sind, da ist ja auch eine rasche Beweisführung möglich. Hier wurde von Blumröder und höheren Strafanwalten gesagt, alles war übertrieben, Redner gibt Beispiele dafür, wie rasch und wie milde die Sondergerichte urteilen (Aurat: Unwahr! Demagogie!) das gesetzte Volk erhält die Rechtsprechung, das wieder Gesetzlichkeit beruft, daß der Verbrecher seiner Strafe nicht entgeht, dann wird die Sanktion des Volkes umso schneller erfolgen (Beispiel).

Präsident W. Präsident Seiner ruft den Abg. Hößlein (Komm.), der Mitglieder der Rechten "deutsche Einheit" zugewiesen hat, zweimal zur Ordnung. Das Haus bricht nunmehr die Weiterberatung ab und erledigt eine Reihe von Ausnahmeverträgen. Morren nachm. 2 Uhr: Interpellationen, kleinere Vorfälle. Es folgt der Antrag Wiedhold wegen

Güterzölle mit unverzollten Waren die Bahnabfuhr in Ehrenfeld, Rath und Gerresheim verlassen. Der Köln-Hamburger Radschuhvertrag war bei seiner Ankunft im Bahnhof Ehrenfeld schon ein Warenlager. Auf dem Bahngleis lagen allerlei Waren unter. Die deutschen Bahnbeamten geben sich alle Mühe, den Verkehr schnell und glatt abzuwickeln. Aber was gestern vormittag beobachtet werden konnte, läßt berechtigte Zweifel zu, ob ein regelmäßiger Verkehr auf die Dauer möglich ist. In Sodenstadtzentren glaubt man, daß Bahnholde, wie der in Ehrenfeld, sehr bald vollständig verstopft sein werden. Auch die Speditionen sind derselben Ansicht und lassen sich nur darauf ein, Sendungen auf kleinere Entfernungen zu übernehmen, weil in den voraussichtlich bald verstopten Güterbahnhöfen eine Erledigung ihrer Anträge unmöglich sein wird.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Bis gestern vormittag gegen 9 Uhr haben die Bahnmaßnahmen seine besondere Störung im Personenverkehr hervorgerufen, da die französischen Autobusse den ganzen Tag ohne Müßiggang waren, ob die Bahnmaßnahmen mit der Revision fertig waren oder nicht, nach 10 Minuten Aufenthalt weiterfahren ließen. Im Güterverkehr ist bereits eine Stoßung eingetreten.

Die neuen Zollmaßnahmen.

Reuter erläutert von französischer Seite: Frankreich werde die Beleidigung des Rheingebietes nun vornehmen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Wenn die deutschen Arbeiter nach der Beleidigung die Arbeit niedergelegen sollten, würde Deutschland keine Wohltaten erhalten, da das einzige außer Oberösterreich Deutschland zur Beleidigung stehende Kollegiendienst, das ländliche, sehr wenig Industrie. Dadurch werde Deutschland von einer allgemeinen Verkehrsbeschränkung bedroht und nach Ansicht der Franzosen gewungen werden, seinen Verkehrsverpflichtungen nachzukommen. Frankreich könnte die militärische Beleidigung des Rheingebietes allein durchführen und werde wahrscheinlich zu diesem Zweck nur eine Jahresfrist einberufen müssen. Deutlich deutet keiner an, eine Annexion weiter des Rheingebietes noch dem linken Rheinufer. Der Zweck sei einlaufen der Deutschland zum Rahmen zu bringen. "Daily Echo" schreibt in einem "Hole Harmony" zwischen den Alliierten überdrüsigen Vertrag, an der Beleidigung des Rheingebietes würden englische Truppen nicht teilnehmen.

